

CHRONIK DER ZEIT

Der Triumph des Kanzlers

Die Rückkehr *Dr. Adenauers* aus Amerika gestaltete sich triumphal. Ein deutscher Kanzler in Washington mit großen Ehren empfangen! Fahnen, Salutschüsse, Ehrendoktorate! Wer hätte das vor acht Jahren gedacht! Nun, der Wert von Imponderabilien in der Politik ist sicher hoch einzuschätzen. Nur durch Überwindung der noch vom Kriege herrührenden Haßpsychose in der Welt können die Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen deutsche Politik wieder Aussicht auf Erfolg hat. Es ist gewiß ein Unterschied, ob ein deutscher Vertreter im Büßerhemd auf den Stufen des Kapitols warten muß oder ob man ihn mit einem Ehrensalt begrüßt. Adenauer hat zweifellos einen persönlichen Erfolg errungen.

Die Opposition findet, daß Fahnen und Salutschüsse ein geringer Preis für die deutschen Divisionen sind, die Washington braucht. Sie fragt nach den greifbaren Erfolgen, die der Kanzler heimgebracht hat. Die Schlagzeilen der Regierungspresse „Bonn—Washington auf gleichem Kurs“ veranlassen sie zu der kritischen Feststellung, daß dieser gemeinsame Kurs dem von zwei Schiffen ähnelt, von denen das größere das kleinere im Schlepptau hat. Außerdem ist es noch selten in der Geschichte vorgekommen, daß die Regierung eines besetzten Landes einen anderen Kurs gesteuert hätte als die wichtigste Besatzungsmacht.

Der hauptsächlichste konkrete Erfolg ist die Zusage Amerikas, kein deutsches Eigentum mehr zu beschlagnahmen. Dadurch werden Werte von 100 Millionen Mark gerettet. Acht Jahre nach dem Krieg und in der jetzigen veränderten Lage scheint aber so etwas nur selbstverständlich. Viel von dem deutschen Auslandsvermögen ist sowieso nicht übriggeblieben. Weiter werden 350 kleinere Schiffe an Deutschland zurückgegeben. Dann hat Washington versprochen, Hilfe für die Flüchtlinge zu erwägen. Es wird auch „wohlwollend erwägen“, deutsche Warenzeichen ihren Eigentümern wieder verfügbar zu machen. Von größtem Gewicht erscheint die Ankündigung, daß der Freundschafts- und Handelsvertrag von 1923 wieder in Kraft gesetzt werden soll. Ein Notenaustausch über kulturelle Verbindungen ist vorgenommen worden. Der „Volkswirt“ (Nr. 17 vom 25. April 1953) bezeichnet die Rückgabe der Schiffe und die Einstellung der Vermögensbeschlagnahmen als bloße Gesten. Die Schiffe stehen ohnedies längst gegen Chartergebühren wieder in deutscher Benutzung, und es ist noch nicht klar, ob die Bundesrepublik nicht für diese Fahrzeuge einen Rückkaufpreis bezahlen muß. An noch wirklich unbeschlagnahmten deutschen Werten

seien in den USA höchstens noch 10 bis 20 Millionen Dollar vorhanden; beim Rest handle es sich um sogenannte strittige Vermögen, bei denen noch nicht feststeht, ob die Besitzer wirklich Deutsche sind. So bleibe abzuwarten, ob diese strittigen Vermögen unter den Enteisungsstopp fallen; formell sind sie schon beschlagnahmt, es laufen aber Rekursverfahren.

Saar und Oder-Neiße

Hinsichtlich der Saarfrage wurde besprochen, daß sie „friedlich und schiedlich“ gelöst werden soll. Eine Volksabstimmung will der Kanzler vermeiden, weil dabei leicht „nationalistische Züge auftreten“ könnten, wie er sich ausdrückte.

Ein frei gewählter Landtag soll statt dessen über das „entscheiden“, was die Mächte inzwischen unter sich vereinbart haben. In der Form frei, wird die Wahl im Inhalt unfrei sein. Denn die Saardeutschen werden offenkundig nicht die Möglichkeit haben, über die Rückkehr zu Deutschland als Alternative abzustimmen. Schon im vorigen Herbst hat der Kanzler ja in der gleichen Rede, in der er die Saarländer zum Boykott der damaligen Wahlen aufforderte, sich gegen eine „einseitige Heim-ins-Reich-Bewegung“ ausgesprochen. Nur 25 vH folgten der Enthaltungssparole, was manchen Verfechtern der Bonner Regierungspolitik schon Anlaß zu der Bemerkung gibt, die Saarländer seien doch anscheinend mit dem Regime *Hoffmann* zur Mehrheit ganz zufrieden.

Für die Forderung nach Rückgabe der deutschen Ostgebiete würde die Preisgabe der Saar ein gefährliches Präjudiz bilden. In Washington ist nicht über die Frage der Oder-Neiße-Linie gesprochen worden, sagt der Kanzler. Merkwürdig genug, daß darüber nicht gesprochen wurde. Der Kanzler sprach seine Überzeugung aus, ein wiedervereintes Deutschland müsse mit Polen eine Politik der Verständigung und des Friedens betreiben. Einzelheiten könnten erst erwogen werden, wenn dieser Zustand erreicht wäre. Adenauer fügte hinzu: „Das deutsche Element hört an der Oder-Neiße nicht auf.“ Leider hört es zur Zeit doch dort auf, und die Aufgabe der deutschen Politik wäre es, diesem Zustand abzuweichen. Die deutschen Ostvertriebenen könnten aus den unklaren Äußerungen des Kanzlers wenig Hoffnung schöpfen, manche wollen schon ein Weichwerden in dieser Schicksalsfrage herausspüren.

Die große Grundfrage

Eisenhowers Erklärungen vom 16. April haben in der deutschen Frage nichts Neues gebracht. Zunächst ist bemerkenswert, daß der amerikanische Präsident die asiatischen Fragen vor die deutsche Frage stellt. In der deut-

schen Wiedervereinigungsfrage hat der Kanzler den Präsidenten veranlaßt, erneut freie Wahlen in der Sowjetzone zu verlangen. Das hat Amerika schon vor einem Jahr getan. Moskau sieht darin nichts als eine Aufforderung, die Sowjetzone ohne Gegenwert aus der Hand zu geben, also eine unannehmbare Forderung. Wieso ein deutscher Erfolg darin liegen soll, wenn Eisenhower dazu gebracht wird, eine ohnedies schon einmal gestellte, unannehmbare Forderung zu wiederholen und damit eine Konferenz über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands von vornherein unmöglich zu machen, bleibt unerfindlich. Eisenhower hat weiter verlangt, daß die osteuropäischen Vasallenstaaten der Sowjetunion ihre Regierungsform frei wählen und das Recht erhalten sollen, sich auf Wunsch dem westeuropäischen Staatenblock anzuschließen. Einen politischen Gegenwert hat er den Russen dafür nicht angeboten, nur mit einer möglichen Wirtschaftshilfe gewinkt.

Die amerikanische Politik gegenüber Moskau bleibt also die gleiche: Der Russe soll die ganze Beute von Jalta gratis wieder herausgeben. Inzwischen wird gerüstet, um diesem Verlangen Nachdruck zu verleihen. Das Verlangen ist so berechtigt, zugleich aber so unsinnig wie vor einem Jahr, um so mehr als die militärischen Kräfte noch längst nicht ausreichen, um seine Durchsetzung zu erzwingen. Gleichzeitig mit dieser Wunschliste kommt die Nachricht, daß Amerika die Auslandshilfe um rund 1,77 Milliarden Dollar kürzt und das Rüstungsprogramm dementsprechend eingeschränkt werden muß. Da wird der Kreml kaum viel Anlaß sehen, auf die amerikanischen Vorschläge einzugehen. Die einzige Hoffnung bliebe ein innerer Zerfall der Sowjetmacht infolge der Diadochenkämpfe nach dem Abgang Stalins. Das ist aber eine unsichere Stütze für ein weitgehendes weltpolitisches Programm.

Bleibt die Macht des russischen Staates intakt, und damit muß man rechnen, wer immer sich an die Spitze spielt, so kann eine Viermächtekonferenz auf dieser Basis nicht zustande kommen, geschweige denn Erfolg haben. Die Wahrscheinlichkeit ist vielmehr, daß der jetzige Zustand der Teilung Deutschlands noch mindestens fünf bis sieben Jahre aufrechterhalten bleibt — solange wird es mindestens dauern, ehe der Westen militärisch soweit vorbereitet ist, um sein Programm des „Hinausdrohens“ des Russen wahrzumachen, was auch dann eine höchst explosive Gelegenheit bleiben dürfte. Wie der Kanzler unter diesen Umständen davon sprechen kann, die Politik auf der amerikanischen Linie bringe die Wiedervereinigung vorwärts, ist schwer zu verstehen. Die Behauptung, daß es keinen anderen, schnelleren und friedlicheren Weg gebe, stößt auf sehr viel Kritik.

Rußland scheint demgegenüber an seinem alten Vorschlag festzuhalten, eine Wiedervereinigung Deutschlands nur zuzulassen, wenn das vereinigte Deutschland nicht dem Westen angeschlossen wird. Es verlangt die unabhängige deutsche Mittelstellung. Der amerikanische Bankier *Warburg* hat übrigens vor kurzem etwas Ähnliches vorgeschlagen: Fünf bis zehn Jahre deutsche Neutralität, dann vollkommene Unabhängigkeit, Rüstungs- und Bündnisfreiheit, außerdem Rückgabe der Ostgebiete mit Ausnahme Ostpreußens und Oberschlesiens. Vor Erreichung der eigenen Verteidigungsfähigkeit soll das vereinigte Deutschland unter internationaler Garantie stehen. Von diesem in den Grundzügen durchaus vernünftig scheinenden Vorschlag will an offizieller westlicher Stelle niemand etwas wissen. Die Anhänger der Bonner Regierungspolitik fordern vielmehr den Anschluß an den Westen auch für ein wiedervereinigtes Deutschland, wie ihn Amerika und neuerdings das offizielle Frankreich verlangen. In der Unabhängigkeit könnten wir, so wird uns ironischwohlwollend aus Paris mitgeteilt, „gefährlichen Versuchungen“ ausgesetzt sein, vor denen man uns bewahren will.

Jedenfalls machen alle diese westlichen Forderungen die Aussichten auf eine Viermächtevereinigung illusorisch, noch ehe den Russen Gelegenheit geboten wird, die Ehrlichkeit oder Unehrllichkeit ihrer Vorschläge zu beweisen.

Wir haben keinen Anlaß zum Jubel, wenn die Machtpolitik der Kolosse so auf unserem Rücken ausgetragen wird. Es ist ziemlich sicher, daß Moskau das Pfand der Sowjetzone nicht herausgeben wird, wenn Amerika an seinen Grundforderungen festhält. So kann die vielzitierte Wiedervereinigung in Freiheit nicht zustande kommen. Was versteht man übrigens unter „Freiheit“? Nur freie Wahlen auf Grund eines vorbestimmten West-Programms? Solange Deutschland, unter welchem Titel immer, von fremden Truppen besetzt ist, kann es nicht ernstlich als frei bezeichnet werden. Der Abzug der Besatzungstruppen, auch der westlichen, ist die Voraussetzung der Freiheit. Davon wird in Bonn seltsamerweise überhaupt nicht gesprochen, und es ist an der Zeit, den Deutschen diese Binsenwahrheit einmal ins Gedächtnis zu rufen. Ein Kanzler, der den Abzug der Besatzungstruppen und ihre Ersetzung durch eine genügende deutsche Verteidigungsmacht nach Hause brächte, ein solcher Kanzler hätte allerdings Anspruch auf einen Triumphzug.

Südafrika auf härterem Kurs

Seien wir froh, daß wir keine Kolonialmacht mehr sind und nichts mit Ostasien zu tun haben. Derselbe Stoßseufzer erscheint angebracht, wenn man die Entwicklung in Süd-

afrika betrachtet. *Malans* Nationalburen haben einen neuen, größeren Wahlsieg errungen, wenn auch ohne die Mehrheit der Stimmen im Lande erreicht zu haben. Malan gedenkt, mit Unterstützung des burischen wie des englischen Elements, die Rassenpolitik der *Apartheid*, der Rassentrennung, noch härter durchzuführen. Gleichzeitig spricht er von der südafrikanischen Republik, was ihn allerdings nicht hindert, zur Krönung Ihrer Majestät der Königin von England und Südafrika nach London zu fahren. Die südafrikanischen Neger haben noch nicht deutlich auf die Politik der Buren reagiert. Was aber, wenn sie sich am Mau Mau von Kenia ein Beispiel nehmen sollten? Der Afrikanische Nationalkongreß flicht dunkle Drohungen in seine vorsichtigen Erklärungen ein. Malan spielt mit Dynamit. Die Neger wollen nicht zweitrangig in ihrem eigenen Lande sein, das ohne ihre Arbeit nicht existieren kann. Die Afrikaner, die noch in ihren alten Stammesgebieten leben, sind kein Problem; es sind die Heere jener, die von der weißen Industrie in die Städte der Weißen gerufen wurden. Eine Apartheid der Stammesgebiete wäre keine schwierige Sache; eine Apartheid der Afrikaner in den Industriestädten des zivilisierten Landesteils ist mehr als schwierig. Andererseits stehen Instinkte und Affekte der Weißen einer Politik der Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit für die Schwarzen so entschieden gegenüber, daß gutes Zureden keinen Zweck hat. Die Besorgnis der Weißen, daß die an Zahl mehrfach überlegenen Schwarzen eines Tages den Europäern doch die Häse abschneiden und sich zu den Herren des von den Europäern, mit schwarzer Arbeit geschaffenen Reichtums machen könnten, steht nicht minder hinter ihrer schroffen Haltung als der blinde Rassenaffekt. Sie wollen den Schwarzen nicht erst hochkommen lassen, aus Furcht, er könnte dann noch mehr verlangen. Den einzigen Weg zur Befriedung, ihn wieder heimzuschicken in seinen Kral und die Industrie mit weißen Arbeitern betreiben zu lassen, wollen sie aber auch nicht gehen. Wo ist ein Ausweg?

WALTER THEIMER

Aktion Vulkan

Am 9. April gaben Vizekanzler *Blücher* und Ministerialdirektor *Egidi* in Bonn bekannt, daß nach erfolgreicher Vorarbeit durch das Bundesverfassungsschutzamt mehr als 30 Personen als mutmaßliche Wirtschaftsspione, kommunistische Informanten und Agenten festgenommen worden seien. Es bestehe der Verdacht, daß sie einem aus Ost-Berlin geleiteten sowjetischen Spionagering angehört hätten. Inzwischen hat sich einer der Beschuldigten in einem Essener Gefängnis erhängt, einer mußte wegen Personenverwechslung freigelassen werden, andere

wurden durch die Haftrichter in Freiheit gesetzt. Mehrere Anwälte haben bewegliche Klage geführt, daß ihre Klienten auf Grund bezweifelbarer Listen des Ostberliner „Instituts für wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ verhaftet worden seien. Die Verhafteten, soweit gegen sie ein richterlicher Haftbefehl erwirkt werden konnte, sind nach Karlsruhe gebracht worden. Die Bundesanwaltschaft wird sich weiter mit dem Fall befassen. Was im einzelnen vorliegt, ist der Öffentlichkeit nicht bekanntgeworden. Dagegen wurden völlig ungewöhnlich die Namen der Beschuldigten bekanntgegeben, obgleich sich noch herausstellen soll, ob und inwieweit sie sich strafbar gemacht haben.

Wir kennen Hunderte von kommunistischen Tarnunternehmungen, die zweierlei Zwecke haben. Sie sollen einmal einzelne kommunistische Parolen vertreten und den schwindenden öffentlichen Einfluß der KP ausgleichen. In der Hauptsache sind sie jedoch dazu bestimmt, dem nach Moskauer Wünschen ferngesteuerten illegalen „Apparat“ der Spionage und der Zersetzung Deckung und Anknüpfungsmöglichkeiten zu erhalten. Der politische Kredit der offiziellen KP sinkt weiter. Diese Tatsache darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Bolschewismus in Ostdeutschland solange eine ernste, die ernsteste politische Gefahr bleibt, wie er als bis an die Zähne bewaffnete Weltmacht auch in Mitteldeutschland regiert. Während bis 1933 die Kommunisten in Deutschland nur als Zutreiber und Helfer des Nationalsozialismus wirken konnten, können heute umgekehrt rechtsextremistische Gruppen nur als Förderer kommunistischer Bedrohung dienen. Die mit großem Aufwand immer wieder unternommenen Infiltrationsversuche der KP-SED müssen ernst genommen werden.

In diesem Sinne wäre gegen die Aktion Vulkan nichts zu sagen. Die Demokratie muß sich wehren, damit sie nicht noch einmal mit ihren eigenen Mitteln besiegt wird. Aber hat die Aktion mit dem dramatischen Namen die richtigen Kreise getroffen? Der Komplex kommunistischer Einsickerungsversuche ist nicht unbekannt. Es gibt eine Reihe von Spezialorganisationen, die sich ihrer Bekämpfung widmen. Wir haben aber auch schon unsachliche summarische Verdächtigungen gegen alle erlebt, die nur am Osthandel beteiligt sind. Es gab sogar anonyme Galgendrohungen gegen Firmeninhaber. Daß die Russen und ihre Satelliten außer ihren Gütern stets noch politischen Einfluß abzusetzen versuchen, ist den beteiligten Kreisen längst kein Geheimnis mehr, auch wenn natürlich einige Nai-ve oder skrupellos Profittlüsterne das nicht wahrhaben wollen. Wachsamkeit ist immer geboten. McCarthy-Methoden sind so wenig angebracht wie allgemeine Schreckschüsse. Wenn Polizei und Justiz eingreifen, muß ihre Sache hieb- und

stichfest sein. Im Falle Vulkan scheint schon jetzt klar, daß das nicht bei allen Beschuldigten zutrifft, deren Namen demonstrativ bekanntgegeben wurden. Unzulänglichkeiten und offene Mißgriffe schaden aber der Aufgabe, die Öffentlichkeit gefeit zu machen gegen kommunistische Infiltrationsversuche jeder Art. Rechtlich denkende Menschen müssen mißtrauisch werden, wenn die Untersuchungsergebnisse nicht der groß aufgemachten Ankündigung entsprechen. Für die Tarnorganisationen aber ergibt sich ein neuer Anlaß zur Verharmlosung einer nicht zu unterschätzenden Gefahr.

ERNST RIGGERT

DIE ERSTEN SCHRITTE

DER MALENKOW- REGIERUNG

Sind die politischen Optimisten und die optimistischen Politiker im Begriff, Opfer einer neuen sowjetischen Taktik, einer „Kampagne“, zu werden? Suchen politische Skeptiker und skeptische Politiker uns daran zu hindern, rechtzeitig Chancen zu erkennen, die sich aus einer scharfen Wendung der sowjetischen Politik ergeben müssen? In diesen Wochen erlebt unsere Welt zweifellos Wandlungen der sowjetischen Praxis — zum drittenmal im Laufe der letzten 13 Jahre. Aus diesen Wandlungen der Praxis können sich Wandlungen grundsätzlichen Charakters entwickeln. Einige von ihnen weisen bereits leichte Spuren des Grundsätzlichen auf. Mehr zu behaupten aber wäre voreilig! Noch sind die ersten Schritte der Malenkow-Regierung nicht weitgehend genug, um jede Alternative „vor oder zurück“ auszuschließen. Beide Möglichkeiten stehen offen.

Trotz der gebotenen Vorsicht darf man aber schon jetzt zu dem Schlusse gelangen, daß die Wandlungen der sowjetischen Praxis von 1953 in ihrem Ausmaß bedeutsamer sind als die von 1939 und die von 1941/42. Damals handelte es sich um solche, von denen fast nur die Außenpolitik der Sowjetunion betroffen wurde. Heute lassen sich Wandlungen beobachten, die sich gleichzeitig auf außen- und innenpolitischem Gebiet vollziehen. Seitdem die Malenkow-Regierung am 13. März das Kommando übernommen hat, bemüht sie sich nicht nur darum, die von der Sowjetunion verursachten weltpolitischen Spannungen etwas zu mildern, sondern auch den innerpolitischen Druck auf die Massen. Folgende wichtige innenpolitische Veränderungen wurden seit dem 13. März vorgenommen: 1. Das allumfassende Wirtschaftsstrafrecht wurde gemildert. 2. Eine die westliche Welt enttäuschende, aber für sowjetische Verhältnisse weitgehende Amnestie wurde verwirklicht. 3. Organisatorische Änderungen wurden vorgenommen, die zur Trennung von Partei und Staat führen könnten.

4. Die These von der Unfehlbarkeit der staatlichen Wachsamkeitsmaßnahmen wurde korrigiert. 5. Der allgemeine Lebensstandard wurde durch eine Preissenkung etwas gehoben. 6. Die Stalinsche Politik wurde in mehreren offiziellen Erklärungen indirekt desavouiert.

Scharfe Machtkämpfe

Es gibt eine ganze Reihe von Hinweisen dafür, daß innerhalb der sowjetischen Führungsschicht bereits vor dem Tode Stalins Machtkämpfe begonnen haben — der erste offenkundige stammt von Mitte Oktober 1952. Am 16. Oktober 1952 — unmittelbar nach dem Kongreß der KPdSU — wurde die Zusammensetzung des neuen Zentralkomitees bekanntgegeben. In diesem neuen ZK hatte sich die Zahl der Vertreter von Flotte und Armee bedeutend erhöht. Zwölf Tage nach Beendigung des Kongresses aber mußte die „Prawda“ melden, der Name eines weiteren neuen Mitgliedes des Zentralkomitees sei bei der ersten Veröffentlichung „vergessen“ worden. Bei dem „Vergessenen“ handelte es sich um Marschall *Goworow*, während des Krieges Oberbefehlshaber des Leningrader Bezirkes, der unmittelbar Schdanow unterstand.

Fast drei Monate später ergab sich ein neues Indiz für die Existenz von Machtkämpfen. Am 13. Januar wurde in der Presse bekanntgegeben, eine Verschwörung von Kreml-Ärzten sei aufgedeckt worden. Die Verschwörer hätten bereits den Chef der politischen Hauptverwaltung der Armee, *Schterbakow* und *Schdanow* ermordet. Weitere Mordanschläge auf führende Sowjet-Persönlichkeiten seien geplant gewesen. Die Liste der angeblich Bedrohten aber nannte ausschließlich die Namen führender Militärs — an der Spitze den des Marschall *Goworow*. Die sofort ausgelöste Säuberungs- und Wachsamkeitskampagne richtete sich gegen folgende Kategorien der sowjetischen Bevölkerung: Gegen Partei- und Staatsfunktionäre, gegen Wirtschaftsfunktionäre, gegen führende Männer der nichtrussischen Unionsrepubliken und gegen Professoren und Wissenschaftler. Vollkommen unbehelligt blieb die Armeeführung — eine bedeutende Tatsache, wenn man bedenkt, daß die Armee von der großen Säuberung 1936/38 besonders stark betroffen worden war!

Der Sieg Malenkows

Als am 5. März der Tod Stalins bekanntgegeben wurde, enthielt das offizielle kommunikative Formulierungen in bezug auf die Partei, die seit Jahren nicht mehr in Mode sind. Die „stählerne Einheit und granitene Geschlossenheit der Partei ist die Hauptbedingung ihrer Stärke und Macht“, wurde betont.

Am 7. März wurde die „Ernennung“ Malenkows zum Vorsitzenden, des Ministerrates der UdSSR und zum Vorsitzenden des Präsidiums des ZK der KPdSU bekanntgegeben und gleichzeitig erneut auf die Notwendigkeit der „größten Geschlossenheit der Führung“ hingewiesen. Eindeutig erwies sich dann die Existenz von ernststen Meinungsverschiedenheiten am 9. März, am Tage der Trauerfeier für Stalin. Malenkow betonte in seiner Trauerrede nachdrücklich den Wunsch nach sachlichen Beziehungen mit allen nicht-sowjetischen Ländern. Die sowjetische Politik, so sagte er, sei „eine Politik der Zusammenarbeit mit allen Ländern“. Die Hauptsorge der sowjetischen Politik bestehe darin, „mit allen Ländern in Frieden zu leben“. Sie beruhe auf dem Leitsatz „der Möglichkeit eines langwährenden Nebeneinanderbestehens und eines friedlichen Wettbewerbes der beiden verschiedenen Systeme, des kapitalistischen und der sozialistischen“. Malenkow betonte also mehrmals den Wunsch, mit *allen* Ländern in Frieden zu leben. Als Molotow kurz nach ihm sprach, wich er sofort in einem für sowjetische Verhältnisse sehr weitgehenden Maße von Malenkows Erklärungen ab. Molotow erwähnte lediglich die Notwendigkeit „des Ausbaus der sachlichen Beziehungen zu allen Ländern, *die gleichfalls danach streben*“. Malenkow mied alle scharfen Angriffe auf die „imperialistischen aggressiven Mächte“. Molotow dagegen erklärte: „Getreue und würdige Träger der Ideen Stalins sein, heißt auch gebührende Wachsamkeit und Härte im Kampf gegen jedwede Ränke unserer Feinde, der Agenten der aggressiven imperialistischen Staaten, an den Tag legen“.

So ergab sich zum erstenmal seit Jahrzehnten, daß zwei der höchsten sowjetischen Partei- und Staatsfunktionäre bei einer entscheidenden Gelegenheit öffentlich weitgehend unterschiedliche Konzeptionen vertraten. Die sowjetische Praxis läßt es ganz ausgeschlossen erscheinen, daß die Worte Malenkows oder Molotows zufällig fielen. Sie waren ein deutlicher Ausdruck von Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Gruppierungen in der sowjetischen Führung, auf deren Existenz gewisse Fakten in den vorausgegangenen Monaten bereits mehrmals hinwiesen. Allerdings war es bis zum Tode Stalins nicht möglich, einen halbwegs zuverlässigen Überblick zu bekommen, aus welchen maßgebenden Funktionen sich die beiden rivalisierenden Gruppen zusammensetzen könnten.

Zwei Tage nach dem Tode Stalins sind die Würfel zum erstenmal zugunsten der Gruppe Malenkow—Berija gefallen. Molotow rutschte eindeutig auf den dritten Platz, *Wyschinski* wurde vom Außenminister zum UNO-Vertreter degradiert, zu seinem Stellvertreter *Malik* ernannt, der immer dann auftaucht, wenn es gilt, Kontakt mit der nichtsowje-

tischen Welt aufzunehmen (z. B. bei der Aufhebung der Berliner Blockade). Zum stellvertretenden Verteidigungsminister wurde Marschall *Schukow* eingesetzt, der seinerzeit als Opfer des Schdanowkurses untertauchen mußte. Schließlich wurde *Kusniezow* nach China entsandt, ein Mann, der weder im Molotowapparat noch im Ausland tätig war. Das 25-köpfige Präsidium des ZK der KPdSU wurde auf zehn reduziert, wobei fünf führende Funktionäre aus der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Obersten Sowjets ausscheiden mußten.

So rundete sich also nach dem 7. März das Bild: Es bestand eine Gruppierung, deren Konzeption scharfe, aggressive Außenpolitik ohne Überprüfung der Spannungen war — also eine Fortsetzung der Schdanow-Linie. Gleichzeitig war diese Gruppe daran interessiert, eine scharfe Säuberungswelle und hysterische Wachsamkeitskampagne im Innern des Landes zu entfesseln, um die Bevölkerung für jene aggressive Außenpolitik psychologisch auf der Höhe zu halten. Tatsächlich war es dieser Gruppe im Januar mit der Verhaftung der „Mörderärzte“ gelungen, diese Säuberungskampagne in Gang zu bringen. Es ist nun offensichtlich, daß diese Konzeption von Molotow, Wyschinski und dem Apparat des Außenministeriums, der Armeeführung, sowie einer Reihe führender Kräfte im Apparat des staatlichen Geheimdienstes vertreten wurde. Die rivalisierende Gruppe unter Führung von Malenkow und Berija, gestützt von der Staats-, Partei- und Wirtschaftsbürokratie, mußte demnach die Konzeption vertreten, Hauptaufmerksamkeit und Energie auf die Innenpolitik, auf die Konsolidierung im eigenen Territorium und auf die Milderung der Spannungen zu richten.

Vom Oktober 1952 bis zum ersten Sieg der Malenkowrichtung am 7. März 1953 bestand ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte, wobei die Vertreter der ersten Richtung zeitweise stark genug waren, Teile ihrer Konzeption zu verwirklichen. Nach dem Tode Stalins gelang es dem Flügel der Staats- und Wirtschaftsbürokratie, die Oberhand zu gewinnen. Es ist nur natürlich, daß der Malenkow-Berija-Flügel zunächst personelle Maßnahmen ergriff, um die Positionen der aggressiven Richtung zu schwächen. Daher die Entfernung der mit Molotow verbundenen Funktionäre aus der obersten Parteiführung, die Degradierung Wyschinskis, die Wiedereinsetzung Schukows usw. Schon wenige Tage später sollte sich zeigen, daß sich der Malenkow-Berija-Flügel nicht darauf beschränken wollte, die Vertreter der aggressiven Gruppierung zu degradieren, sondern auch die Säuberungswelle zu beenden, indem er die „Mörderärzte“ rehabilitierte und den „Irrtum“ der Sicherheitsorgane zugab.

Das Bündnis Malenkow-Chruschtschow

Die Existenz von Machtkämpfen ist als Garantie für eine gewisse Dauerhaftigkeit und Ernsthaftigkeit der Veränderung in der sowjetischen Politik zu werten. Es ist anzunehmen, daß die Machtkämpfe ein Resultat von gegensätzlichen Auffassungen gewesen sind und nicht umgekehrt die gegensätzlichen Auffassungen ein Resultat von Machtkämpfen. Malenkow und Berija, zu denen sich im entscheidenden Augenblick *Chruschtschow* als Zünglein an der Waage gesellt hat, sind nun in der Lage, ihre Auffassungen zu verwirklichen. Das Bündnis Malenkow-Chruschtschow wurde durch die Ereignisse vom 9. bis 15. März offenbar. Am 9. März hielten Malenkow und Molotow ihre Reden am Grabe Stalins, in denen sie ihre unterschiedlichen außenpolitischen Konzeptionen vertraten. Für den 14. März war eine Sitzung des Obersten Sowjets einberufen worden, um die personellen Veränderungen vom 7. März formell zu bestätigen. Kurz vor dem 14. März wurde die Sitzung des Obersten Sowjets jedoch unerwartet um einen Tag verschoben. Diese 24-Stunden-Frist muß für die sowjetische Führungsschicht dramatisch gewesen sein. Sie wurde dazu benutzt, die Waage der Entscheidung endgültig zugunsten einer Gruppe zu neigen. Später, am 21. März, wurde in der „Prawda“ bekanntgegeben, am 14. März habe eine Plenarsitzung des Zentralkomitees stattgefunden, auf der Malenkow von seinem Posten als Generalsekretär zurückgetreten und Chruschtschow an seine Stelle gerückt sei. Malenkow hat also am 14. März — an jenem Tag, der eigentlich für die Tagung des Obersten Sowjets bestimmt war — seinen Preis für das Bündnis mit Chruschtschow bezahlt. Chruschtschow, dessen Einfluß in Parteikreisen groß ist, wurde für die Unterstützung der Malenkow-Konzeption gewonnen.

Am 15. März fand dann tatsächlich die Sitzung des Obersten Sowjets statt. Chruschtschow trat mit einer Erklärung auf, die eine Unterstützung der von Malenkow eingeführten personellen Änderungen im Führungsapparat war. Der Oberste Sowjet bestätigte nicht nur diese beschlossenen Veränderungen. Malenkow gab erneut eine außenpolitische Erklärung ab, in der die These von der „Politik der Zusammenarbeit mit allen Ländern und der Entwicklung sachlicher Beziehungen zu ihnen“ wiederholt und erweitert wurde. Der 14. und 15. März sicherte der Malenkow-Gruppierung also endgültig den Sieg. Die Periode des Lavierens zwischen den beiden Konzeptionen hatte ein Ende. Das kam unmittelbar darauf auf außenpolitischem Gebiet zum Ausdruck. Noch am 12. März hatte der

in Ostdeutschland stationierte General *Tschuikow* einen scharfen Protest an die Westmächte wegen des Flugzeugzwischenfalls gerichtet. — Am 18. März bedauerte er den Tod der britischen Piloten und machte seinen Vorschlag zur Einberufung einer Luftfahrtkonferenz. Zwischen beiden Ereignissen lagen nur sechs Tage. Aber in diese kurze Spanne fielen der 14. und 15. März, die Tage, an denen die neue politische Orientierung durchgesetzt wurde. Jetzt, nachdem Malenkow eindeutig für seine Konzeption entschieden hatte, konnten die Entscheidungen auch schneller fallen.

Auf außenpolitischer Ebene fielen die Einberufung der Luftfahrtkonferenz in Berlin, die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Panmunjon und andere versöhnliche Gesten; auf innenpolitischem Gebiet die Preissenkung, die Verkündung einer Amnestie und die Freilassung der auf Grund des Druckes der aggressiven Gruppierung erfolgten Verhaftung der Kreml-Ärzte, die noch am 13. Januar von der „Prawda“ als „Bande von Tieren in Menschengestalt“ bezeichnet worden waren. Diese Tatsache allein wäre schon ein Ereignis, das uns aufhorchen lassen müßte. Gewiß: Bei den Millionen Verhafteten der großen Säuberungswelle von 1936/38 gab es eine Reihe von Fällen, da verhaftete Personen vor Ablauf ihrer Haftzeit freigelassen wurden. Niemals aber wurde dies öffentlich bekanntgegeben, denn damit hätte man vor der sowjetischen Bevölkerung und vor der ganzen Welt kundgetan, daß in der Sowjetunion Menschen grundlos verhaftet werden. Diesmal schreckte man selbst davor nicht zurück! Die öffentlichen Beschuldigungen gegen den staatlichen Sicherheitsdienst, unschuldige Menschen verhaftet und zu falschen Aussagen erpreßt zu haben, die Verhaftung des führenden MWD-Funktionärs *Rjttmin* und die Absetzung des Staatssicherheitsministers *Ignatjew* lassen es als möglich erscheinen, daß in der einen oder anderen Form auch die Frage der Massenverhaftungen der Jahre 1936/38 von der neuen Regierung aufgeworfen werden könnte. Es wäre müßig, weitere Überraschungen im einzelnen voraussagen zu wollen.

Die bisherigen Ereignisse stellen einen gewissen Bruch mit der Praxis des seit Jahren betriebenen Kalten Krieges dar. So berechtigt unser Mißtrauen gegenüber der Außenpolitik auch sein mag, und wie sehr wir auch das innere System in der UdSSR ablehnen mögen — die jüngsten Schritte der Sowjetregierung haben die Möglichkeit eröffnet, die Gefahren des Kalten Krieges so weit herabzumindern, daß wir zumindest einer längeren Atempause entgegensehen können.

WOLFGANG LEONHARD